



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die preußische Politik in der schleswig-holsteinischen Sache.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die preussische Politik in der schleswig-holsteinischen Sache.

Der plötzlich erfolgte Thronwechsel in Kopenhagen und seine Folgen mußte in Preußen sehr verschiedene Empfindungen rege machen. Niemand konnte es sich verhehlen, daß die hochgesteigerte Spannung des innern Conflictes einer raschen und entschiedenen Action nach Außen hin wenig günstig sei; andrerseits aber durfte man sich der Hoffnung hingeben, daß gerade die Nothwendigkeit raschen Handelns in einer Sache, in der nicht nur Deutschlands Recht, sondern auch Preußens Interesse und Ehre auf dem Spiele stand, dahin wirken werde, die Schroffheit der vorhandenen Gegensätze zu mildern und in dem gemeinsamen Streben aller Parteien nach einem Ziele einen Einigungspunkt zu einer völligen Ausgleichung der schwebenden Differenzen zu finden. Diese Hoffnung, die wie ein Lichtstrahl Preußen durchzuckte und die auch von solchen getheilt wurde, die eher geneigt waren, sich hoffnungsloser Resignation, als optimistischen Illusionen hinzugeben, sollte bald enttäuscht werden. Es war ein Irrthum, daß in dieser Frage alle Factoren des Staatslebens einig sein würden, ein Irrthum, daß die Größe der Aufgabe, die in klarster Bestimmtheit an die Leiter der preussischen Politik herantrat, ohne Schwierigkeit alle Antipathien überwinden und rasch jedes Widerstreben, eine von populärer Begeisterung getragene Sache zu vertreten, überwältigen würde. Während man in der ersten Zeit nur Besorgnisse hegte, ob die Regierung in dieser Sache mit der Entschiedenheit vorgehen würde, die einen raschen, und wie die Haltung der europäischen Cabinete jetzt wohl unzweifelhaft macht, unblutigen Erfolg verbürgen konnte, während man also glaubte, daß es nur eines ermutigenden Entgegenkommens bedürfen werde, um der Regierung die aus der innern Lage etwa abgeleiteten Besorgnisse vor einem auswärtigen Conflict zu benehmen, mußte man sehr bald die Erfahrung machen, daß die preussische Politik in ihrer Grundauffassung der ganzen Angelegenheit von der durch die Nation geförderten Lösung merklich abwich. Es mußte diese Wahrnehmung um so auffälliger erscheinen, da, wenn es sich gleich in der schleswig-holsteinischen Sache zunächst um ein deutsches Interesse handelte, doch auch von rein preussischem Standpunkte aus ein schleuniger Rücktritt von dem londoner Protokolle und die sofortige Anerkennung des Herzogs Friedrich so augenscheinlich geboten war, daß ein

unzünftiger Verstand es für völlig unbegreiflich halten muß, wie ein preußischer Minister die Gelegenheit unbenutzt vorübergehen lassen kann, seinen Staat von den Verpflichtungen zu befreien, die für Preußen nicht minder drückend sind als für die Herzogthümer, und die, daraus haben unsere Feinde nie ein Fehl gemacht, ausdrücklich darauf berechnet sind, Preußen zu demüthigen. Wir suchen vergebens nach der Lösung des wunderbaren Räthsels, wie die preußische Diplomatie dazu kommt, es als ihre Aufgabe anzusehen, die Integrität der dänischen Monarchie aufrechtzuerhalten.

Denn alle Gründe, die officiös und officiell für die von der Regierung beliebte Politik angeführt werden, sind so hinfällig, daß, wenn sie von einem Gegner der Herzogthümer, etwa dem Grafen Ruffel, vorgebracht würden, um uns in eine falsche Stellung zu verlocken, man sie höchstens aus diplomatischer Courtoisie einer Widerlegung für würdig halten würde. Zunächst beruft man sich auf die besonderen Pflichten und Rechte, die Preußen in seiner Stellung als europäische Großmacht, und zwar im Gegensatz zu seiner Stellung als deutsche Macht, habe. Allgemein gefaßt ist aber dieser Gedanke nicht nur sehr unklar, sondern auch unrichtig. Daß Preußen eine Doppelstellung einnimmt, kann und soll allerdings nicht in Abrede gestellt werden; auch das ist eine unbestreitbare Thatsache, daß Deutschland vorzugsweise durch die Doppelstellung seiner Großmächte mit der allgemeinen europäischen Politik zusammenhängt. Nun erkennen wir gern an, daß in dieser Doppelstellung eine große Gefahr für Preußen liegt, nämlich die, daß es durch die friedliebende *vis inertiae* des deutschen Bundes ebensowohl wie durch die Eifersucht desselben in seiner europäischen Action gehemmt und gehindert werden kann. Ferner liegt die Gefahr nahe, daß Preußen durch den tendenziösen Eifer eines Theils der deutschen Staaten zu einem Kreuzzuge für österreichische, dem wahren Interesse Deutschlands widersprechende Bestrebungen fortgerissen werden könnte. Wo dagegen ein klares und auch von dem preußischen Volke anerkanntes Interesse von Preußen entschlossenes Handeln fordert, kann ein solcher Widerspruch gar nicht stattfinden; ja wir sind überzeugt, und haben diese Ueberzeugung schon lange vor dem Tode des Königs Friedrich ausgesprochen, daß ein festes Eintreten für die deutscheste aller deutschen Sachen, die Freiheit der Herzogthümer, Preußen mit einem Male über alle Schwierigkeiten seiner Doppelstellung hinüberheben würde. Sobald Preußen an der Spitze Deutschlands die Befreiung der Herzogthümer durchgesetzt haben wird, ist, wie wir glauben, für immer die Gefahr beseitigt, daß die preußische Politik ihre Stütze gegen eine österreichisch mittelstaatliche Coalition in einem Anschluß an Rußland oder Frankreich suchen müßte. Ist das aber ein Widerspruch gegen Preußens europäische Stellung, wenn es die höchsten, den seinigen durchaus identischen Interessen Deutschlands Europa gegenüber zur Geltung bringt, wenn es die Bande sprengt, die bis

auf den heutigen Tag seine maritime Stellung einschnüren, wenn es die Flankenstellung gewinnt, die, so lange sie in Dänemarks Händen ist, in jedem europäischen Kriege die halbe preussische Streitmacht für die Abwehr eines französischen oder russischen Angriffs elbaufwärts absorbiren würde? Wir meinen im Gegentheil, es wäre der höchste Triumph für Preußens europäische Stellung, Holstein zu befreien und damit das diesem unzertrennlich verbundene Schleswig in den Bereich der deutschen Machtssphäre hineinzuziehen.

Indessen beschränkt man sich allerdings nicht auf die allgemeine Phrase von der Unterscheidung der europäischen und deutschen Machtstellung Preußens; man leitet vielmehr in diesem besondern Falle die europäische Verpflichtung Preußens aus dem londoner Protokolle ab. Und in der That, so hinfällig das londoner Abkommen auch wegen mangelnder Zustimmung der Nächstbetheiligten ist, so ist doch zuzugeben, daß sich Preußen gegenwärtig in einem Conflict der schwersten Art zwischen seinen natürlichen, seinem Interesse entsprechenden Pflichten und gegen sein Interesse eingegangenen Verbindlichkeiten befinden würde, wenn nicht Dänemark durch den offenen fortgesetzten Bruch seiner Verbindlichkeiten, es von jeder Rücksicht auf die londoner Verträge losgesprochen hätte. Null und nichtig ist die durch den londoner Vertrag stipulirte Erbfolgeordnung unter allen Umständen, da ihr weder die Stände der Herzogthümer, noch, für Holstein, der deutsche Bundestag zugestimmt haben, ganz abgesehen davon, daß auch der Verzicht des Nächstbetheiligten, des gegenwärtigen Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein, fehlt. Daß auch Preußen ohne jedes völkerrechtliche Bedenken, ohne jeden Conflict unverjährbarer Pflichten und in einer bösen Stunde eingegangener Verbindlichkeiten, sich als völlig befreit von jenen Stipulationen ansehen kann, das verdankt es dem dänischen Uebermuth, der im Vertrauen auf Deutschlands Schwäche die ihm auferlegten Bedingungen schmählich gebrochen hat. Wir glauben, daß es in der Geschichte ohne Beispiel dastehen würde, wenn Preußen die ihm von einem gütigem Gesichte gebotene Gelegenheit, erlittenes Unrecht zu rächen, begangenes Unrecht durch rasche That zu sühnen, von der Hand weisen wollte. — Wenn man einwendet, daß Deutschlands Ansprüche auf Schutz des deutschen Elementes in Schleswig nur auf den Abmachungen von 1852 beruhen, so ist darauf einfach zu erwidern, daß Deutschland zunächst bundesrechtlich die Pflicht hat, den Herzog von Augustenburg in seinem Rechte als Herzog von Holstein zu schützen. Ruft der Herzog von Holstein die Hilfe des Bundes zum Schutze seiner Rechte auf Schleswig an, so kann dies allerdings zu völkerrechtlichen Verwicklungen führen. Kann aber die Aussicht auf einen möglichen, falls er überhaupt, was sehr zweifelhaft ist, bevorsteht, aller Wahrscheinlichkeit nach unter günstigen Umständen zu führenden Krieg für Preußen, den berufenen Schirm und Schutz Deutschlands, ein Grund sein, die bedrohten und bestrittenen Rechte eines Bundeslandes

preiszugeben? Gibt es in der That eine preußische Partei, in der der alte Preußenstolz so sehr ausgestorben ist, daß ihr die Antwort auf jene Frage nur einen Augenblick zweifelhaft ist? Daß man die Schwäche einer unglückseligen Politik nachträglich dadurch zu entschuldigen sucht, daß man sie als einen Act freiwilliger Buße darstellt, war zwar neu, aber immerhin für den begreiflich, der die doctrinäre Hypokrisie unserer Feudalen kennt; daß man die erlittene Demüthigung wie eine köstliche Frucht hegt und pflegt, und es Frankreichs zweideutiger Theilnahme überläßt, die Rechte Deutschlands zu betonen, ist selbst denen überraschend, welche den feudalen Tendenzen jede mögliche Ungeheimtheit zugetraut haben.

Ein anderer Grund, aus dem das Festhalten an dem londoner Protokolle als eine heilsame Politik gepriesen wird, ist der, daß auf diesem Wege ein Einverständniß mit Oestreich erreicht sei. Indessen wollte man um jeden Preis ein Einverständniß mit Oestreich haben, weshalb hat man denn die Einladung des Kaisers Franz Joseph zum Fürstentage abgelehnt? Wir haben seiner Zeit die Ablehnung dieser Einladung entschieden gebilligt, nicht bloß weil wir das ganze Reformproject für nicht lebensfähig hielten, sondern auch weil das Preußen auferlegte Opfer in gar keinem Verhältnisse stand zu den Vortheilen, die Preußen aus einer Einigung mit Oestreich gewinnen kann. Nun fragen wir aber, ist denn das Opfer, welches man gegenwärtig sich selbst auferlegt, geringer, ist es nicht vielmehr unendlich größer, als das damals uns von Oestreich angebotene? Wir können uns hier jeden Beweis ersparen, wir können uns berufen auf die Besorgnisse, mit der wiener Blätter im Anfange der Verwicklung ein einseitiges Vorgehen Preußens erwarteten, auf das in Oestreich weit verbreitete klare Bewußtsein von den Vortheilen, die eine Lösung der Frage im nationalen Sinne für Preußen haben würde. Es giebt gewiß keine leichtere Aufgabe in der Politik, als sich einen alten Rivalen dadurch zum Freunde zu machen, daß man ihm seine eigenen Interessen ohne jedes Aequivalent aufopfert. Oder sollte die den Mittelstaaten ertheilte Lektion etwa ein Aequivalent für den Nachtheil sein, die Herzogthümer Dänemark zu überlassen? Daß die preußische Regierung keine freundlichen Gesinnungen gegen die Mittelstaaten hegt, ist sehr erklärlich. Indessen sollte man glauben, daß es eine glänzendere Genugthuung für Preußen gar nicht geben könne, als eben diese feindlich gesinnten Elemente unter preußischer Führung zu einem nationalen Unternehmen zu vereinigen, wie es andererseits das gefährlichste Experiment für Preußen ist, die Mittelstaaten durch eine antinationale Politik zu alleinigen Vertretern der nationalen Idee zu machen, und das in einem Augenblicke, wo der Erbe ihres alten Protector's sich beeilt, ihren nationalen Bestrebungen, und sei es auch nur zum Scheine und in eigen-nützigster Absicht, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die gegenwärtig von den beiden Großmächten betriebene Politik kann, falls sie bis zu ihren äußersten

Consequenzen fortgesetzt wird, nur zur Auflösung Deutschlands führen. Ein anderes Resultat ist von einem Conflict, in dem Macht und Recht auf verschiedenen Seiten stehen, nicht vorauszusehen. Daß Oestreich nach seinem mißlungenen Versuche, durch einen Theatercoup sich zum Herrn von Deutschland zu machen, vor einem solchen Ausgang nicht zurückschreckt, ist wohl erklärlich bei einem Staate, der nur um seine Existenz zu fristen aus einer abenteuerlichen Combination sich in die andere stürzt; daß es Preußen, dem eine Geschichte ohne Gleichen ganz andere Bahnen angewiesen hat, auf seinem schlüpfrigen Pfade als Gefährten gewinnen werde, ist jedenfalls mehr, als Graf Rechberg vor einem Jahre sich hat träumen lassen. Und darüber darf man sich nicht täuschen: haben wir einmal in einer Lebensfrage, wie es die schleswig-holsteinsche für uns ist, den Anschauungen Oestreichs uns untergeordnet, so ist es unvermeidlich, daß wir, jedes Stüppunktes in Deutschland beraubt, und von der ganzen Nation als die Vertreter einer politischen Reaction gehaßt, die den Bestand des Verfassungslebens in allen deutschen Staaten bedrohen würde, auch in den speciell östreichischen Fragen, der italienischen und ungarischen, den östreichischen Interessen dienen müssen. Was bleibt uns übrig, nachdem wir dem neuen Freunde bereitwillig, freiwillig, zu unserm größten Nachtheil die Herzogthümer preisgegeben haben, als ihm auch fernerhin dahin zu folgen, wohin uns zu führen es ihm beliebt? Ist das altpreußische, ist das fridericianische Politik? Kann ein preußischer Publicist, ohne zu erröthen, diesen Bund mit Oestreich als einen Triumph der ministeriellen Politik preisen?

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß jeder preußische Staatsmann die dargelegten Bedenken theilt und daß selbst ein reactionärer Staatsmann (von dem unverantwortlichen Führer der Partei sehe ich natürlich ab) sich unbehaglich fühlt bei dem Gedanken, den Triumph der Reaction mit einer Erniedrigung Preußens erkaufen zu müssen. Aber — *ce n'est que le premier pas qui coûte*. Es scheint, daß unsere Politik bereits von den Consequenzen des ersten Fehlers getrieben wird. Der erste Fehler war ein Zaudern und Schwanken, das Richtige im rechten Augenblick zu ergreifen. Man wagte es nicht, den ersten Schritt aus der Politik des Druckes nach Innen zu einer Politik der Action nach Außen, die zugleich eine Politik der Veröhnung gewesen wäre, zu thun. Die Popularität der Bewegung, statt zum kühnen Handeln zu treiben, schreckte vielmehr ab. Die Tendenz war mächtiger als das Interesse. Es war der Partei, die gegenwärtig im Rathe der preußischen Krone sitzt, das seltene Glück geboten, gut zu machen, was sie vor Jahren gesündigt hat. Sie hat es nicht über sich vermocht, ihre Sympathien und Antipathien vor dem Interesse des Vaterlandes zurücktreten zu lassen. Man hatte den entscheidungsvollen Moment versäumt, wo Preußen durch eine überraschende That die politische Situation nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa beherrschen konnte;

alsbald machten die Elemente sich geltend, denen Schleswig und Holstein das lebendige Symbolum der Revolution ist, und die nur allzugut sahen, daß eine Ausgleichung des inneren Conflictes auf Grundlage der Befreiung der Herzogthümer ihrem politischen Ideale wenig entsprechen würde. Freilich fühlte man wohl, wie gerade der preußische Patriotismus, auf den zu stützen man sich den Anschein geben mußte, wenn man nicht die nackte Parteilichkeit in ihrer ganzen Blöße den Augen der Welt preisgeben wollte, über ein Aufgeben der Herzogthümer aufs Tiefste empört sein würde. Da mußte denn das rasche und unabhängige Vorgehen der Mittelstaaten den erwünschten Anlaß bieten, um unter dem Vorwande, die Selbständigkeit Preußens zu wahren, das zu thun, was dieser Selbständigkeit den schwersten Schlag giebt, indem es Preußens Kräfte dem alten Rivalen zur Verfügung stellt. Das heißt conservative Politik!

Nun hätten wir allerdings, im preußischen wie im deutschen Interesse gewünscht, daß das Signal zur Erhebung von Preußen ausgegangen wäre, und daß dieses sich nicht von den kleineren Staaten den Vorsprung hätte abgewinnen lassen; ein nicht wieder gut zu machendes Unglück aber wäre es, wenn Preußen aus gekränktem Stolz, daß die kleineren Staaten ihm vorangeeilt sind, auf dem falschen Wege beharrte, wenn es nicht alles daran setzte, die verhängnißvollen Bande, in die es sich hat verstricken lassen, zu sprengen, und dem deutschen Volke das zu sein, was es sein soll, der Führer im Kampfe für deutsches Recht und wider fremden Uebermuth. Mag Oestreich durch seine besondern Verhältnisse verhindert sein, deutsche Politik zu treiben, Preußen ist es nicht. Wenn in der schleswig-holsteinischen Frage Berlin und Frankfurt als Mittelpunkte entgegengesetzter Bestrebungen erscheinen, so ist dies nur die Schuld der fehlerhaften preußischen Politik, welche die Gelegenheit sich entgehen läßt, für alle Zeit die deutsche Politik mit der preußischen zu identificiren. Folgt Preußen dem nationalen Impuls, und schließt es sich demgemäß der frankfurter Majorität an, so ist leicht begreiflich, daß Frankfurt in dieser Frage zwar formell den Mittelpunkt der Action bilden wird, daß in der That aber die Leitung der deutschen Angelegenheiten nach Berlin verlegt wird. Widerstrebt es der nationalen Forderung, so ist es ganz unvermeidlich, daß der Schwerpunkt der preußischen Politik mehr und mehr nach Wien sich neigen wird, wie er in der schleswig-holsteinischen Frage, und zwar ohne jede zwingende Ursache, in vollster Freiwilligkeit, dorthin gelegt ist. Wagt das wiener Vaterland doch schon mit dürren Worten zu erklären: „Preußen wird treu der kaiserlichen Initiative folgen.“ Mögen die auf diese Insulte antworten, die dem Organ der östreichischen Feudalen Veranlassung gegeben haben, sie zu wagen.

Wir stehen an einem Scheidewege; es ist wohl erlaubt, zu hoffen, daß der Wendepunkt noch nicht überschritten ist. Es darf im Leben eines Staates keinen Moment geben, wo das Verhängniß den Willen unbedingt beherrscht, wo die

Folgen eines ersten Fehlers sich mit der ehernen Consequenz entwickeln, wie sie der Dichter in der Tragödie als göttliche Gerechtigkeit uns vor Augen führt. Es ist schwer, es mag ein Opfer kosten, den bereits begangenen Fehler gut zu machen, aber es hieße am Vaterlande verzweifeln, es für unmöglich zu erklären. Noch, davon sind wir überzeugt, steht es in Preußens Macht, in das Lager der nationalen Sache zurückzukehren, nicht ohne selbstverschuldete Schwierigkeiten; aber können Schwierigkeiten, und seien sie der peinlichsten Natur, in Betracht kommen, wo es sich um die Rettung, die Macht, die Ehre des Vaterlandes handelt?

Ein correctes Verhalten in der Erbfolgefrage sichert Preußen noch heute die Stellung in Deutschland, die bei längerem Verharren in der gegenwärtigen Politik vielleicht unwiederbringlich verloren wäre.

## Der Kampf um Schleswig-Holstein 1848—1850.

### 2.

Wohl fanden inzwischen die Behörden und Stände von Schleswig-Holstein in den traurigen Erfahrungen der letzten Maiwoche einen erhöhten Antrieb, der eigenen Haltung des Landes politisch und militärisch eine größere Festigkeit zu verleihen. Unmittelbar nach dem Rückzuge Wrangels aus Jütland sprach eine Verkündigung der provisorischen Regierung den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht aus. Die Stände, um die Mitte Juni sich versammelnd, beschloßen nicht bloß ein Gesetz zur Ausführung dieser Verkündigung, sondern auch ein Wahlgesetz zur Einberufung einer allgemeinen Landesversammlung, der die Berathung einer neuen Verfassung für die Herzogthümer obliegen sollte. Indessen hatten alle Bemühungen, das schleswig-holsteinische Heer auf einen stärkeren Fuß zu bringen, fortwährend mit den mannigfachsten Schwierigkeiten zu kämpfen, vor allem mit dem Mangel an geschulten Offizieren. Auf das Zustromen von Freiwilligen aus dem übrigen Deutschland aber konnten nur ungünstig die Mißhelligkeiten einwirken, die zwischen den Führern des regelmäßigen Militärs und den Freischaaren bestanden. Daß die Ersteren auf die Dienste der Letzteren keinen allzugroßen Werth legten, war an sich eine in den Kriegen der Neuzeit nicht ungewöhnliche Erscheinung; hier aber wurde der Gegensatz